

Mag. Wilhelm Molterer

Geschäftsführender Direktor des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen,
Luxemburg

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es war tatsächlich schon einfacher, über Europa zu reden, und es war tatsächlich noch nie so einfach, gegen Europa zu reden. Das bedeutet aber, dass der Anspruch derer, die für Europa reden, gestiegen ist, und das ist eine Herausforderung für uns alle.

Tatsächlich kann man das Bild, das Sie geprägt haben von der Baustelle, von dem Bauwerk, weiterdenken und sagen, ja, dieses Haus „Europa“ hat in den letzten Jahren auch deutlich gezeigt, wo die Konstruktionsmängel liegen, wo aber auch die Mängel der Bauausführung liegen, und vielleicht kann man es mit einem Bild beschreiben, weil Du, Herr Landeshauptmann, das Bild des Flugzeugs geprägt hast, wir haben ein Haus in eine enorm sensible tektonische Zeit und Geografie gebaut, ohne von vornherein auf die Erdbebensicherheit des Hauses zu achten.

Wir haben vielleicht unterschätzt, in welchen Zeiten wir leben können, weil wir Vieles zu selbstverständlich genommen haben, und wir müssen jetzt etwas nachholen, was wir versäumt haben, nämlich dieses Haus „Europa“ erdbebensicher zu machen, und es gibt dabei etwas, was wir nicht unterschätzen sollten, wir können auf etwas aufbauen, wir haben etwas erreicht, ja, natürlich Frieden, Sicherheit, Wohlstand, aber, ehrlich gesagt, wenn Sie das der Schülerin heute erzählen, dann wird diese Antwort nicht reichen, weil die, die Krieg und Hunger erlebt haben, werden weniger, und die, für die Freiheit und Frieden und Wohlstand selbstverständlich ist, werden mehr.

Wir haben aber auch etwas erreicht über Frieden, Wohlstand und Sicherheit hinaus! Denken Sie nur an die EU-Erweiterung. Jeder, der hier herinnen sitzt, und ich weiß nicht, ob mir Präsident Klaus recht gibt, aber ich stelle mir vor, die Diskussion der Jahre 1989 bis 1991 mit der jetzigen russischen Führung. Ja, glauben Sie tatsächlich, dass die Erweiterung, wie sie damals gelungen ist, in der jetzigen geopolitischen Situation ohne Weiteres möglich wäre?

Wir haben etwas erreicht, meine Damen und Herren! Wir haben mit der Wirtschafts- und Währungsunion etwas erreicht! Ja, nichts ist perfekt, aber wir haben

eine erste massive Feuerprobe bestanden! Ich meine, wie oft ist der Euro schon totgesagt worden, nein! Wir sind dadurch auch stärker geworden, wir haben mit dem Binnenmarkt etwas zustande gebracht, worum uns globale Spieler beneiden und versuchen etwas nachzubauen, das wir vorgebaut haben, vielleicht auch im übertragenen Sinn des Wortes „vorgebaut“ haben.

Mit Schengen, ich gebe Ihnen hundertprozentig recht, da haben wir etwas, was unendlich wertvoll ist, aber reicht das Erreichte? Die Kernfrage besteht wohl darin, wie wir für die Zukunft dieses Haus „Europa“ erdbebensicherer machen, und, ja, es gibt eine Fülle von Themen, ich gehe gar nicht darauf ein.

Ich möchte mich konzentrieren auf das Thema „wirtschaftliche Perspektive“, weil ich darin eine der zentralen Fragestellungen sehe, um dieses Haus „Europa“ im umfassenden Sinn erdbebensicherer zu machen, weil die wirtschaftliche Grundlage die Voraussetzung ist, um viele Probleme lösen zu können, etwa beispielsweise auch das Thema der Migration, weil meine These schon darin besteht, dass die Migration zu diesem massiven Thema deswegen auch geworden ist, weil wir in einer Phase der ökonomischen Unsicherheit genau mit dieser Situation konfrontiert sind, daher ist diese wirtschaftliche Perspektive für mich so wichtig.

Ich glaube auch nicht, ehrlich gesagt, dass wir derzeit die Zeit haben, uns mit philosophischen Fragen zu beschäftigen, wohin dieses Europa geht. Nein! Die Briten sagen: „Do the necessary.“ Ich bin auch sicher, dass die Briten das „necessary“ richtig verstehen. Im Deutschen wird dieses „necessary“ häufig fehl interpretiert, und es wird gesagt, tue das Nötigste, nein, das ist nicht gemeint. „Do the necessary“ heißt tue das Notwendige, und das Notwendige ist immer mehr als das Nötigste.

Diese wirtschaftspolitische Agenda, die möchte ich mit Ihnen, meine Damen und Herren, versuchen, kurz zu skizzieren, eine europäische wirtschaftspolitische Agenda, damit wir uns auch klar sind. Eine europäische wirtschaftspolitische Agenda ist keine Agenda von Brüssel, ist zumindest genauso eine Agenda von Wien, von St. Pölten, von Paudorf, von Statzendorf und von Kuffern, da bin ich nämlich gerade mit dem Auto hergefahren, daher sind mir die Orte im Gedächtnis geblieben.

Diese europäische Agenda, die wirtschaftspolitische Agenda, meine Damen und Herren, ist dringend notwendig, weil die ökonomische Situation in Europa ja nicht ganz so rosig ist wie wir sie gerne hätten.

Wo stehen wir? Wir verlieren ökonomisches Gewicht, global gesprochen. Das wird sich so fortsetzen. Da müssen wir ganz realistisch sein, Europa hatte in 2003 30 Prozent der globalen Wertschöpfung, hat derzeit 25 Prozent und wird auf 20 Prozent und weniger sinken, während andere aufholen. Das ist aber auch notwendigerweise so, wir können nicht Fairness in der Welt predigen und gleichzeitig immer die stärksten bleiben wollen, das wird nicht funktionieren.

Aber, was dahinter steht als Problem möchte ich Ihnen nur sagen, wir werden irgendwann einmal fünf Prozent der Weltbevölkerung haben, 20 Prozent der Wertschöpfung, aber wir sind verantwortlich für 50 Prozent der Sozialausgaben – 5 Prozent der Weltbevölkerung!

Zweitens, Europa wächst zu langsam! Das ist ganz klar, auch diese Diskussion, die ich aus dem Arbeitskreis gehört habe, ja, Entschuldigung, wenn wir heute noch nicht realisieren, dass Wachstum die Grundvoraussetzung dafür ist, dass es Wohlstand gibt und soziale Sicherheit, ja, wann dann?

Eine Wachstumsrate, wie wir sie jetzt haben, mit 1,5 oder 1,6 Prozent, ist völlig unbefriedigend und nicht ausreichend, um die Probleme, die wir haben, zu lösen.

Eines dieser Probleme heißt Beschäftigungssituation. Wenn wir in Europa zehn Prozent Arbeitslosigkeit haben, ist das zwar weniger als wir das schon gehabt haben, aber zehn Prozent Arbeitslosigkeit, das können wir doch nicht einfach so hinnehmen, eine Jugendarbeitslosigkeit mit 20, 30, 40, 50 Prozent! Meine Damen und Herren, das ist dramatisch!

Europa verliert aber auch an Wettbewerbsfähigkeit, und das ist etwas, was wir in der öffentlichen Diskussion völlig vernachlässigen. Europa hat vor der Krise Wettbewerbsfähigkeit verloren, und durch die Krise ist diese Dynamik, diese negative Spirale verschärft.

Damit Sie nur ein Gefühl haben, ich verwende wenig Zahlen. Die totale Faktorproduktivität in den Jahren 2000 bis 2008 im Vergleich zu den Jahren 2008 bis 2014 ist im Schnitt in dieser Phase 2000 bis 2008 in den USA um 0,8 Prozent pro Jahr gewachsen, in Japan um rund 1 Prozent, in Europa immerhin um 0,8 Prozent, also ähnlich wie die USA. In den Jahren 2008 bis 2014, die totale Faktorproduktivität in den USA immerhin + 0,6, in Japan +/- Null, in Europa – 0,6 Prozent. Wir haben dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit verloren und das führt dazu, dass

wir eine Perspektive in der Investitionstätigkeit haben, die völlig unbefriedigend ist.

Wir liegen mit den Investitionen öffentlich und privat um 15 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2007. Was aber das konkret bedeutet, meine Damen und Herren, wir leben derzeit zu Lasten der Substanz. Wir verbrauchen den Kapitalstock. Was wir jetzt machen, oder was wir jetzt nicht investieren, ist das, was den jungen Menschen weggenommen wird.

Das sind keine nackten Zahlen, meine Damen und Herren, dahinter steht sehr Vieles: Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Beschäftigungssituation und Investitionstätigkeit.

Ich sehe in dieser europäischen Agenda – und ich möchte Sie nicht zu lange strapazieren – sieben ganz zentrale Punkte, und die werden nicht auf allgemeine Zustimmung stoßen, das kann ich mir in der Zwischenzeit leisten, sollten sich aber mehr leisten, meine Damen und Herren.

Erstens, Europa muss mit aller Konsequenz und mit aller Radikalität an der digitalen Revolution teilhaben. Wir wissen überhaupt nicht, was die digitale Revolution ökonomisch und sozial bewirken wird, wenn wir sie nicht gestalten, und wir dürfen nicht die Trittbrettfahrer sein, das sind wir nämlich teilweise auch nicht mehr, aber wir dürfen nicht die verlängerte Werkbank werden, die es in dieser Welt ja schon gibt.

Diese digitale Revolution, meine Damen und Herren, wird alle Lebensbereiche erfassen. Wir dürfen nicht glauben, dass das Industrie 4.0 ist, nein, es ist Gesellschaft 4.0, alles! Das bedeutet Innovation, Forschung, Entwicklung, auch Geld in diesem Bereich und, meine Damen und Herren, diese digitale Revolution muss auch in die Bildungslandschaft hineingreifen.

Ich gehe ungern in Witze, aber, es gibt dieses schöne Bild, es schläft jemand hundert Jahre, wird munter und findet sich überhaupt nicht mehr zurecht in dieser Welt, bis er zu einem Gebäude kommt, hineingeht und sagt, da fühle ich mich sicher – das war seine Schule.

Ich meine, dass dieses Thema der digitalen Revolution alle Bereiche erfasst, liegt auf der Hand.

Zweitens, Europa muss in voller Konsequenz und voller Dynamik an internationalem Handel teilnehmen. Es gibt überhaupt keine Alternative zu TTIP meine Damen und Herren. Ich weiß, dass ich hier Widerspruch ernte. Ja, aber stellen Sie sich doch einmal vor, ein Exportland wie Österreich, 60 Prozent Exportquote, lehnt TTIP ab! Ich verstehe die Welt nicht mehr.

Natürlich gibt es Standards, die zu berücksichtigen sind, soziale, ökologische, das ist ja überhaupt keine Frage, aber ich darf deswegen nicht das Grundkonzept des freien Handels, der Wertschöpfung und Wohlstand bringt, in Frage stellen.

Dritter Punkt: die Überwindung der Innovationsschwäche Europas. Wir sind nicht mehr die Innovativsten, vor allem nicht mehr im Transfer von Forschungsergebnis in Wirtschaftsergebnis. Am Beispiel Nanotechnologie: Europa produziert etwa 50 Prozent der weltweiten Publikationen zu diesem Thema, hält etwa 30 Prozent der Patente zu diesem Thema und hat ungefähr 15 Prozent der Produkte. In den USA ist das Verhältnis genau umgekehrt, die haben die Hälfte der Produkte und 15 Prozent der Publikationen. Wir haben die geistige Fähigkeit und die Kapazität, aber wir müssen daraus Geschäft machen, und das sollte auch deutlich gesagt werden, das sollten wir auch bei den USA lernen, dort heißen: „Let’s give it a try“, wenn etwas Neues entsteht, bei uns heißt es: „Let’s regulate“.

Stellen Sie sich einmal vor, in Europa wäre das Internet erfunden worden, wir hätten es heute noch nicht, weil wir es so weit reguliert hätten, dass es nicht in den Markt gegangen wäre.

Vierter Punkt: radikaler Abbau von Investitionshindernissen in der Europäischen Union und auf der Ebene der Mitgliedsstaaten. Wir haben das heute schon gehört. Das betrifft nicht die Unternehmen alleine, das betrifft auch Elemente von europäischen Regelungen, wo wir überschießend agiert haben. Wir können uns und dürfen uns nicht beschweren, dass die Geschäftsbanken Investitionen nicht mehr finanzieren dürfen aufgrund von Basel III und diskutieren jetzt bereits Basel IV und wundern uns dann, wenn Risiko oder langfristige Investition nicht finanziert wird. Und dann braucht es den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, um diese Marktschwäche auszugleichen!

Ich muss mich selber wegrationalisieren, dann sind wir erfolgreich!

Diese Regulierung, meine Damen und Herren, das ist sehr praktisch. Fragen Sie einen Unternehmer, der wird Ihnen sagen, woran es hängt. Und wiederum, das ist

keine Agenda von Brüssel alleine, das ist eine Agenda von Brüssel, von Wien, von St. Pölten, aber natürlich auch von Stratzendorf, Paudorf und Kuffern.

Fünfter Punkt: Wir müssen in einer massiven Klarheit die strukturellen Notwendigkeiten, um der Demografie Rechnung zu tragen, anwenden. Wir behindern uns selbst! Wenn wir nicht als alternder Kontinent unsere sozialen Wohlfahrtssysteme in der Finanzierung so nachhaltig gestalten, dass sie auch nachhaltig finanzierbar sind, dann haben wir einen Bleiklotz am Bein, den wir in der langfristigen Perspektive nicht tragen können.

Mit den Pensionsreformen, meine Damen und Herren, haben wir erst begonnen, das ist meine feste Überzeugung.

Die Nachhaltigkeit ist nicht ein ökologisches Prinzip alleine, sondern auch eine ökonomische Sachverstandsfrage, die in der demografischen Struktur und in der Finanzierung des sozialen Wohlfahrtsstaates liegen muss.

Sechster Punkt: Nützen wir das private Kapital für öffentliche Investitionen. Das wird etwas ganz Böses! Aber die öffentlichen Hände haben kein Geld dafür, und zwar für längere Zeit.

Wenn wir klug sind, dann bauen wir in Europa den Kapitalmarkt aus. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel. Die USA haben ungefähr ein Prozent des GDP investiert in Venture Capital Funds, Großbritannien 0,7 Prozent, die Europäische Union 0,3 Prozent und Österreich 0,03 Prozent. Jetzt ist es aber nicht so, dass es in Österreich nicht auch reiche Leute gäbe, die ihr Geld tatsächlich investieren, aber die Rechtsnomen des Kapitalmarkts sind bei weitem nicht so wie sie sein sollten. In Österreich und auch in weiten Teilen Europas – Deutschland ist auch eines der Beispiele – wird PPP, obwohl es nur aus drei Buchstaben besteht, immer als four-letter-word bezeichnet, das sei etwas Böses.

Wenn Sie in Niederösterreich die Umfahrung Zwettl befahren, dann wird Ihnen gar nicht auffallen, dass die Umfahrung Zwettl ein PPP-Projekt ist. Das haben wir gemeinsam auch mit Niederösterreich gemacht als EEB – schneller, effizienter und für den Steuerzahler billiger! Ja, warum soll das nicht in anderen Bereichen auch gehen.

Siebenter Punkt: Ich bin ganz klar der Meinung, dass uns der Klimawandel massiv beschäftigen wird, das fordert uns genauso wie die Demografie. Die Kernfrage in

Europa wird sein, wie wir aus den Notwendigkeiten des Klimawandels und der Politik, die daraus resultiert, eine ökonomische Chance machen und nicht den Klimawandel als ökonomische Bedrohung sehen.

Darin liegt enorm viel Potenzial, gerade für ein Land, das in diesem Bereich wie Österreich wirklich große Erfahrung hat.

Daher: „Do the necessary“ – und nicht im Sinne „das Nötigste“, sondern „das Notwendige“. Das gehört auf der einen Seite in der Wirtschaftspolitik dazu, das gehört aber auch, meine Damen und Herren, besonders jetzt dazu, wo es nicht ganz so einfach ist, für Europa zu reden, weil, wenn wir es jetzt nicht tun, dann überlassen wir das Feld jenen, die nicht diese Perspektive im positiven Sinne im Auge haben, und weil es nicht einfach ist, braucht es jetzt diese starken Befürworter, die auch lautstark auftreten, nämlich dann, wenn es nicht einfach ist.

Danke!